

Innenminister Herrmann ruft für 2014 „Jahr des Wohnungsbaus“ aus

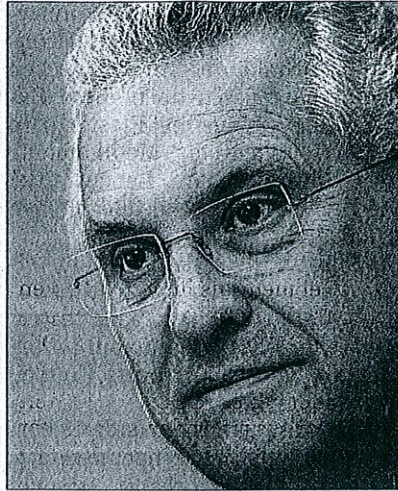
Bis 2020 sollen im Freistaat jährlich 70000 neue Wohnungen entstehen

Von Ralf Müller

München. 2014 soll in Bayern zum „Jahr des Wohnungsbaus“ werden. Mit gestiegenen Fördermitteln und Zurückhaltung bei den Steuern will die bayerische Staatsregierung die Zahl der jährlich neu gebauten Wohnungen mittelfristig auf 70000 steigern, sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) am Freitag in München. Für die Grünen ist die von Herrmann vorgestellte „Initiative Wohnungsbau“ dagegen „zu spät und zu halbherzig“. Die SPD beanstandete zu komplizierte Förderrichtlinien.

Besonders in den Ballungszentren ist der Druck auf den Wohnungsmarkt hoch. Nach Schätzungen fehlen im Freistaat 282000 Wohnungen. Die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen stieg zwar von etwa 42400 im Jahr 2010 auf voraussichtlich 58000 in diesem Jahr, reicht aber nach Ansicht Herrmanns noch lange nicht aus, um wegfallenden Wohnraum zu ersetzen und den wachsenden Bedarf durch höhere Wohnansprüche, kleinere Haushalte und Zuzüge zu befriedigen. Bis 2020 sollen in Bayern jährlich 70000 Wohnungen neu gebaut werden, gab Herrmann als Ziel vor.

Die Landesmittel für die Wohnungsförderung sollen daher 2014 um 50 auf 210 Millionen Euro und



Innenminister Herrmann will den Wohnungsbau ankurbeln. (Archivfoto)

die für die Studentenwohnraumförderung um zehn auf 27,5 Millionen Euro erhöht werden. Zusammen mit den Bundesmitteln (50 Millionen Euro) stünden dann 287,5 Millionen Euro für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung, sagte der Innenminister.

Die jetzige Notlage sei „hausgemacht und vor allem Folge einer jahrelang verfehlten Wohnbauförderungspolitik der Staatsregierung“, kritisierte der Wohnungsexperte der Grünen-Landtagsfraktion Jürgen Mistol. 1993 seien in Bayern noch 12000 Wohnungen staatlich gefördert worden, 2011 nur noch 1192.

Um den Anstieg der Mieten zu begrenzen, gilt jetzt für München und 89 Städte und Gemeinden Bayerns eine so genannte Kappungsgrenze, nach der die Mieten innerhalb von drei Jahren nur um maximal 15 Prozent erhöht werden dürfen. Herrmann wertete dies als „wichtige Maßnahme“ im Zuge der „Initiative Wohnungspolitik“. Es sei interessant, dass Herrmann diese auf 15 Prozent gesenkte Kappungsgrenze als Erfolg verkaufe, obwohl diese für die Kommunen außerhalb Münchens auf zweieinhalb Jahre begrenzt sei, merkte der Grünen-Abgeordnete Mistol an. Die SPD habe dies seit 20 Jahren gefordert“, betonte der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Andreas Lotte.

Unter dem Beifall der SPD kündigte Herrmann für Anfang 2014 eine Verordnung an, der zufolge die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf durch „Milieuschutzsatzungen“ unter Genehmigungsvorbehalt gestellt werden könne. Ferner forderte Herrmann den Bund auf, das Wohngeld zu erhöhen. Viele Wohngeldempfänger seien aus der Förderung gefallen, weil sie die Einkommensgrenzen überschritten hätten. Die Mieten seien aber auch weiter gestiegen. Die betroffenen Haushalte seien daher weiterhin bedürftig.